

Schweiz

Hochspannungs-Tests unter Boden

Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid will Lücken im Hochspannungsnetz zwar weiter mit Freileitungen schliessen – aber sie wird Pilotprojekte mit Erdverkabelung bauen.

Richard Diethelm

Der Konflikt, ob neue Hochspannungsleitungen im Boden oder auf Masten durch die Landschaft geführt werden sollen, verzögert seit Jahren Ausbauprojekte der Stromwirtschaft. Im April brachte das Bundesgericht endlich Bewegung in die starren Fronten zwischen Landschaftsschützern sowie Anwohnern der geplanten Anlagen und den Stromversorgungsunternehmen. Diese hatten stets argumentiert, 380-kV-Leitungen in den Boden zu bauen, koste 10 bis 40 Mal mehr als Freileitungen und sei im Betrieb störungsanfälliger.

Das höchste Gericht entschiede jedoch in einem Streitfall zugunsten der aargauischen Gemeinde Riniken und verlangte von der Axpo, auf 1 km Länge in einem landschaftlich heiklen Gebiet ein Verkabelungsprojekt auszuarbeiten. Kabelanlagen seien «leistungsfähiger, zuverlässiger und kostengünstiger» geworden, befand das Bundesgericht. In einer Gesamtbetrachtung glichen die höheren Stromverlustkosten der Freileitungen die höheren Investitionskosten der Erdverkabelung «weitgehend aus».

Neue Rechtsprechung

Seither orientiert sich die Rechtsprechung an diesem Urteil. So gab das Bundesverwaltungsgericht im September der Gemeinde und Grundeigentümern von Tuggen SZ in dem Punkt recht, dass die Axpo und das Bundesamt für Energie (BfE) als Bewilligungsbehörde von Hochspannungsleitungen die Verkabelung einer 380-kV-Leitung in der Linthebene zwischen der Grynaud und Siebnen vertieft prüfen müsse. «Planer von neuen Projekten sind gut beraten, auch eine Kabelvariante auszuarbeiten», folgert BfE-Sprecherin Marianne Zünd aus der neuen Rechtsprechung.

Von 2013 an wird die nationale Gesellschaft Swissgrid anstelle der Axpo, der BKW oder der Alpiq die «Stromautobahnen» erneuern, ausbauen und unterhalten. Die Zeit, um die Lücken im Hoch- und Höchstspannungsnetz zu schliessen, dränge, betonte Swissgrid-Präsident Peter Gruschow gestern in Zürich: «Bis 2020 müssen wir 1000 neue Netzkilometer verlegen.»

Im Auftrag von Swissgrid hatte die Technische Universität im deutschen Ilmenau den heutigen Kenntnisstand über Vor- und Nachteile von Freileitungen und Erdverkabelungen aus 176 Studien ermittelt. Im Ergebnis bewegt sich Swissgrid einen kleinen Schritt auf die Gegner der Freileitungen zu.

«Wir basieren künftige Projekte weiterhin auf der Variante Freileitung. Aber wir werden Verkabelungslösungen auf der Grundlage des Beurteilungsschemas des Bundes prüfen», zog Direktionspräsident Pierre-Alain Graf das Fazit aus der



Auch wegen des Landschaftsschutzes sind Freileitungen umstritten. Foto: Key

Studie. Swissgrid hält die Kombination von Freileitungen und Erdverkabelungen «für eine gangbare Alternative». Eine totale Verkabelung aller geplanten 380-kV-Leitungen sei jedoch nach heutigem Stand der Technik «nicht machbar» und mit geschätzten Zusatzkosten von 6 bis 25 Milliarden Franken wirtschaftlich nicht zu verkraften, schränkte Graf ein.

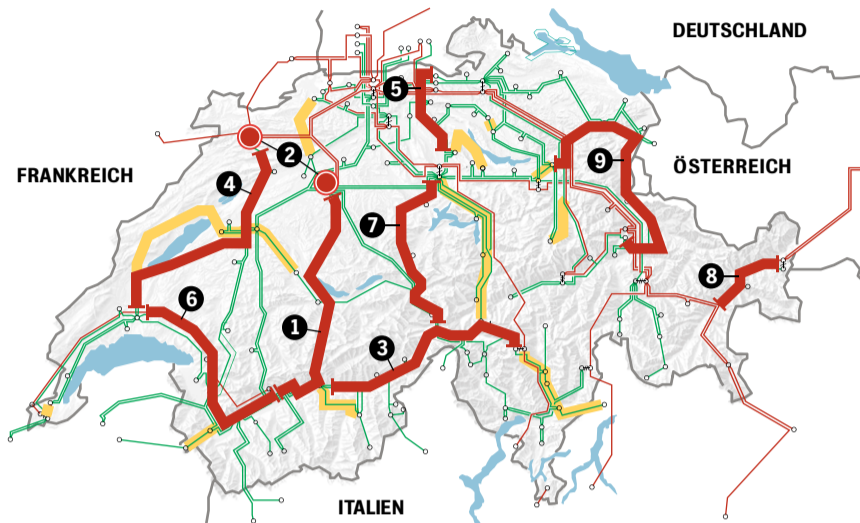
Pilotprojekte – aber wo?

Swissgrid wird die «noch wenig erprobte» Erdverkabelung von 380-kV-Leitungen an Pilotprojekten testen. Wo die Netzgesellschaft die Höchstspannungsleitungen auf Teilstrecken in den Boden verlegen will, wird sie aufgrund eines eigenen Kriterienkatalogs entscheiden, der Anfang 2012 vorliegen soll. «Ob es ein Pilotprojekt im Wallis oder bei Mühleberg geben wird, kann ich heute nicht sagen», betonte Graf.

Zwischen Mühleberg und Wattenwil sowie im Wallis, wo das BfE zwei Teilstrecken bereits bewilligte, aber eine Volksinitiative gegen die Freileitung sowie Einsprachen am Bundesverwaltungsgericht hängig sind, ist der Widerstand gegen die Leitungsbauer besonders gross (vgl. Text rechts). Der Walliser Volkswirtschaftsdirektor Jean-Michel Cina lud Swissgrid umgehend ein, Pilotprojekte in seinem Kanton zu realisieren.

Dringende Ausbauvorhaben im Hochspannungsnetz

Leitungen mit 380 kV in Betrieb unabdingbare Ausbauvorhaben
Leitungen mit 220 kV in Betrieb weitere Ausbauvorhaben



- 1 Gemmi+ (Bickigen–Chippis, Chamoson–Chippis)
- 2 Transformation Bickigen/Bassecourt
- 3 Goms+
- 4 Bassecourt–Mühleberg–Romanel
- 5 Beznau–Mettlen
- 6 Abtransport Unterwallis
- 7 Mettlen–Ulrichen
- 8 Pradella–La Punt
- 9 Mettlen–Rüthi/Rüthi–Bonaduz/Meiningen–Rüthi

TA-Grafik str / Quelle: Swissgrid

Starkstromleitung Mühleberg-Wattenwil

«Die Zeit arbeitet für uns»

Die Gegner der Freileitung werten die Entwicklung positiv – ebenso die BKW.

Seit 2003 will der Energiekonzern BKW die über 30 Kilometer lange Starkstromleitung Mühleberg-Wattenwil auf 220 Kilovolt ausbauen. Die Gegner verlangen eine Erdverlegung. Die BKW will das nicht. Gerichtsurteile stehen noch aus. Als Pilotprojekt für eine Erdverlegung (siehe Haupttext) kommt diese Leitung jedoch nicht infrage. Gemäss Mitteilung von Swissgrid können «grundsätzlich» nur Vorhaben mit 380 Kilovolt berücksichtigt werden. Die jüngste Entwicklung hat somit keinen direkten Einfluss auf diese Starkstromleitung.

Der Verein Hochspannung unter den Boden (HSUB) begrüsst es, dass die Netzbetreiber neuerdings bereit seien, Pilotprojekte für Erdverlegungen sowie eine systematische Prüfung von Verlegungsvarianten durchzuführen, sagt die Kötzinger Gemeinderätin und HSUB-Vizepräsidentin Katrin Sedlmayer. Diese Prüfungen müssten aber unter Mitwirkung

aller Betroffenen vorgenommen werden. In Bezug auf die Leitung Mühleberg-Wattenwil sei sie «nach wie vor hoffnungsvoll – die Zeit arbeitet für uns». Weil keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut würden und weil die Stromproduktion dezentraler erfolgen werde, brauche es eine Gesamtschau. Zudem, sagt Sedlmayer, werde der Widerstand gegen die Freileitung nicht nachlassen.

Die BKW sieht sich von Swissgrid ebenfalls bestätigt, wie Sprecher Antonio Somavilla sagt: Erdverkabelungen seien bezüglich Wartung und Instandstellung bedeutend aufwendiger als Freileitungen. Auch das Problem der elektromagnetischen Felder werde durch die Erdverlegung nicht gelöst. Und sehr wichtig sei nach wie vor der Kostenfaktor: Wer sage, eine Erdverlegung koste mindestens zehn Mal mehr als eine Freileitung, «bewegt sich auf der sicheren Seite». Die BKW erhofft sich laut Somavilla von den noch ausstehenden Gerichtsurteilen eine «Gesamtwürdigung» zur Leitung Mühleberg-Wattenwil: Diese soll unter anderem die Aspekte Kosten und Ökologie beleuchten. (db)

Europa-Gutachten bleiben geheim

Der Bundesrat hält zwei Rechtsgutachten zur Übernahme von EU-Recht unter Verschluss. Er will sich von Brüssel nicht in die Karten blicken lassen.

Patrick Feuz

Für SVP-Aussenpolitiker Ulrich Schliker ist es der Beleg dafür, dass der Geheimplan-Vorwurf seiner Partei eben doch stimmt: Zwei Rechtsgutachten mit Vorschlägen, wie die Schweiz in den Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit schneller EU-Recht übernehmen könnte, werden «vorderhand» nicht veröffentlicht. Dies teilte der Bundesrat gestern mit. Laut Schliker will die Landesregierung so vertuschen, dass sie drauf und dran sei, die Schweiz «institutionell in die EU einzubinden».

Die institutionelle Frage blockiert seit über einem Jahr Fortschritte in offenen Verhandlungsdossiers zwischen Bern und Brüssel. Die EU verlangt, dass die Schweiz in bestehenden und künftigen Abkommen automatisch neues EU-Recht übernimmt und die Regeln auch EU-konform auslegt. Sonst gebe es keine neuen bilateralen Verträge. Der Bundesrat dagegen sagt, die automatische Rechtsanpassung komme aus Souveränitätsgründen nicht infrage.

Polittheater vermeiden

Um Ideen für einen Kompromiss zu finden, hat die Landesregierung im Mai die zwei Gutachten in Auftrag gegeben – das eine beim Bundesgericht, das andere beim Völkerrechtler Daniel Thürer. Dass der Bundesrat diese Gutachten jetzt unter Verschluss hält, hat laut seiner Darstellung mit Verhandlungstaktik zu tun: «Die Veröffentlichung der Dokumente könnte die derzeit laufenden exploratorischen Gespräche mit der EU sowie allfällige spätere Verhandlungen über institutionelle Fragen beeinträchtigen.» Oder wie Regierungssprecher André Simonazzi auf Anfrage ausdeutet: «Wir wollen uns von unserem Verhandlungspartner, der andere Interessen verfolgt als die Schweiz, doch nicht in die Karten blicken lassen.»

Befürchtet wird auch, dass die Publikation «den Prozess der internen Meinungsbildung des Bundesrats ernsthaft beeinträchtigt», wie es im Communiqué heisst. Also ein innenpolitisches Theater losgeht, dass die Arbeit der Bundesräte erschwert.

«Kein Geheimplan»

Noch-CVP-Ständerat Eugen David, der die Aussenpolitische Kommission (APK) präsidiert, hat Verständnis für den Bundesrat. Offensichtlich brauche das Gremium noch Zeit, um eine konsolidierte Meinung zu bilden. Und dazu sei eine gewisse Diskretion notwendig.

Auch SP-Aussenpolitiker Hans-Jürg Fehr fände eine Veröffentlichung zum heutigen Zeitpunkt schädlich: Der Bundesrat sei daran, seine Verhandlungsstrategie festzulegen; würde er die Gutachten sofort publizieren, schwäche er seine Position. Von «Geheimplan» könne keine Rede sein. Vielmehr gehe es darum, gegenüber Brüssel die Interessen der Schweiz wahrzunehmen.

Die Freisinnige Christa Markwalder, Präsidentin der nationalrätlichen APK, fände es hingegen besser, die Gutachten zu veröffentlichen. Laut der EU-Beitrittsbefürworterin wäre dies «wichtig für den Meinungsbildungsprozess». Denn noch immer sei die «Illusion» weit verbreitet, der bilaterale Weg lasse sich ohne jeglichen Souveränitätsverlust fortsetzen.

Mehr Transparenz bei Politfinanzen: SP setzt auf Neue

David Schaffner

Nicht wenige Politiker verschiedenster Couleur haben in den vergangenen Wochen darüber geklagt, der SVP stehe weit mehr Geld für den Wahlkampf zur Verfügung als den übrigen Parteien. Exakt fünf Tage nach dem Urnengang wollen bürgerliche Vertreter indes nichts mehr wissen von Regeln, die etwas Licht ins Dunkel der Schweizer Politfinanzen bringen. Die Mitglieder der Staatspolitischen Kommission (SPK) aus CVP, FDP und SVP haben gestern geschlossen zwei Vorstösse für neue Transparenzregeln abgeschmettert.

Der eine verlangt, dass Parteien und Komitees künftig die finanziellen Mittel für Abstimmungskampagnen offenlegen müssen. Der andere will die Parlamentarier zum Transparentmachen ihrer Nebeneinkünfte aus Mandaten zwingen. Im Ständerat fand der erste Vorstoss im September eine Mehrheit. Über das zweite Anliegen hat die kleine Kammer noch nicht beraten.

Die Befürworter von mehr Transparenz zeigten sich gestern enttäuscht: «Ich bedauere den Entscheid stark», erklärt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Er war es, der in der ständerätli-

chen Schwesterkommission das erste Anliegen (Abstimmungskampagnen) anregte. «Ich bin mir bewusst, dass im Nationalrat auch viele CVP-Mitglieder meiner Forderung ablehnend gegenüberstehen», meint Schwaller weiter. «Scheitert die Motion im Plenum, werde ich mich trotz der Haltung meiner Partei in den nächsten Jahren weiterhin für mehr Transparenz einsetzen.» Laut Schwaller lebt eine funktionierende Demokratie von informierten Bürgern – «an mehr Offenheit führt daher mittelfristig kein Weg vorbei», so der Freiburger.

Kippen die Mehrheiten?

Unzufrieden äussern sich auch die SP-Nationalräte und SPK-Mitglieder Andy Tschümperlin und Andreas Gross: «Die Bürgerlichen tun so, als spielte in der Politik das Geld keine Rolle», meint Gross. «Wäre dies wirklich wahr, würden sich die Wahlbudgets sämtlicher Parteien insgesamt nicht alle vier Jahre verdoppeln, so wie dies in der Vergangenheit der Fall war.» Gross schränkt ein, dass er die Stimmbürger nicht direkt für käuflich hält: «Wer aber viel Geld zur Verfügung hat, kann eine Stimmung im Land erzeugen, die gewisse Entscheide begünstigt.» Überdies wür-

den sich viele Bürger von der Politik ganz abwenden, weil sie von der dauernden Stimmungsmache angeekelt seien.

Trotzdem werden die beiden Vorstösse im Nationalrat nur rudimentär diskutiert. Zu Wort melden dürfen sich nebst den Antragstellern nur gerade die Sprecher der Kommissions-Mehrheit und -Minderheit. Das passt Gross und Tschümperlin nicht. Sie wollen im Plenum für eine ausführliche Debatte kämpfen, damit das Thema Transparenzregeln im Nationalrat nicht untergeht: «Wir werden einen Ordnungsantrag stellen», sagt Gross.

Überdies hoffen die beiden Sozialdemokraten wie auch Schwaller auf das neue Parlament: «Im Wahlkampf haben sich viele neue bürgerliche Kandidaten für mehr Offenheit ausgesprochen», sagt Tschümperlin. «Es kann daher sein, dass im Plenum die Mehrheitsverhältnisse kippen.»

Es fehlen bloss drei Stimmen

Wer sich die Mühe macht, die Stellungen der gewählten Parlamentarier in der Wahlhilfe Smartvote zu überprüfen, stellt fest: Die Mehrheit der neuen FDP- und CVP-Mitglieder äussert sich gegen mehr Transparenz.

Fathi Derder (FDP/VD), Yannick Buttet (CVP/VS) sowie Daniel Fässler (CVP/AI) sprechen sich hingegen mit jeweils sechs Bisherigen aus ihren Parteien (vor allem aus dem eher linken oder welschen Lager) für schärfere Regeln aus. Bei den Wahlgewinnern BDP und GLP fordern gar die meisten respektive alle neuen und alten Nationalräte eine Offenlegung der Finanzierung.

Sammeln für Volksinitiative

Zusammen mit der Linken ergeben sich im neuen Nationalrat äusserst knappe Mehrheitsverhältnisse: Demnach werden sich voraussichtlich 98 von 200 Mitgliedern für mehr Transparenz aussprechen. Da selten alle Nationalräte bei einer Abstimmung anwesend sind, ist der Ausgang der Abstimmung offen.

Hinzu kommt, dass im Fall der Offenlegung der Nebeneinkünfte von Parlamentariern eine Stimme der SVP hinzukommen dürfte: Ihr Jungpolitiker Lukas Reimann sammelt aktuell für eine Volksinitiative, die exakt die gleiche Forderung stellt. Obwohl sich Reimann in Smartvote wie alle gewählten SVP-Politiker strikt gegen jede Transparenz ausspricht, dürfte er dem einen der beiden Vorstösse zustimmen.

Anzeige

Qualität ohne Kompromisse

Waschmaschinen Tumbler

WYSS MIRELLA
Tel. 041 933 00 74
6233 Büren